

---

## Umsatzsteuergesetz - Keine Rechtsberatung

**Autor:** CURARE-EV

**Veröffentlicht am:** 23.07.2007 um 09:43

Aufgrund der am 18.07.2007 und 19.07.2007 veröffentlichten Pressemitteilungen zur Nichtigkeit des Umsatzsteuergesetzes von 1999 seit dem Jahr 2002, erreichten uns sehr viele Anfragen mit der Bitte um Rechtshilfe, die wir weder schriftlich noch mündlich beantworten können, da wir eine Rechtsberatung nur Mitgliedern von Curare "" gemeinnütziger Verein zur Förderung der Menschenrechte in Gesetzgebung und Verwaltung e. V. , zukommen lassen dürfen.

Damit Sie feststellen können, ob auch Sie von der Nichtigkeit dieses Gesetzes und den Folgen betroffen sind oder nicht, vergleichen Sie einfach die Sachverhalte in der nachfolgenden Aufstellung.

Betroffen von der Nichtigkeit des Umsatzsteuergesetzes von 1999 seit 2002 sind:

Alle Unternehmen, die zur Umsatzsteuervorauszahlung veranlagt wurden.

'∅ Alle Unternehmen, die vorsteuerabzugsberechtigt sind.

'∅ Alle Unternehmen, die Mehrwertsteuer vereinnahmen.

'∅ Alle Unternehmen, die mehrwertsteuerpflichtige Waren einkaufen oder verkaufen

'∅ Alle Freiberufler, die vorsteuerabzugsberechtigt sind, Mehrwertsteuer abführen.

'∅ Alle Steuerzahler die auf Produkte, Waren oder Dienstleistung Mehrwertsteuer bezahlt haben.

'∅ Alle durch hohe Umsatzsteuervorauszahlungen in die Insolvenz geratene Unternehmen und Unternehmer.

'∅ Alle Steuerberater die Ihren Mandanten die betrieblichen und privaten Steuererklärungen gefertigt haben. "" Beraterhaftung "".

'∅ Alle Finanzämter, die Steuerbescheide ausgestellt haben "" Amtshaftung ""

Sofern einer der vorgenannte Tatbestände in Ihrem persönlichen Steuerfall Anwendung findet, können und sollten Sie die erforderlichen Rechtsmittel einlegen.

Welche das sind, erfahren Sie bei einem qualifizierten Steuerberater oder Steuerfachanwalt und, sofern Sie Mitglied bei Curare "" gemeinnütziger Verein zur Förderung der Menschenrechte in Gesetzgebung und Verwaltung e. V. sind, in unserer Geschäftsstelle.

Curare Verein zur Förderung der Menschenrechte in Gesetzgebung und Verwaltung e. V.  
Gemeinnützig

Präsident: Klaus Müller - Initiator und Namensgeber - Pädagoge und Journalist

Vizepräsidentin. Elisabeth Sodies - Kämpferin für Menschenrechte in Funk und Fernsehen (Pfuscher in der Justiz) - Finanzmaklerin

Hauptgeschäftsstelle

Postanschrift: Postfach 5012 57, D-50972 Köln

Kommunikation: Tel.: 0221/800-8930, Fax.: 0221/800-8931, E-Mail: Praesidium@curare-ev.de ,

Web: www.curare-ev.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hans-Jürgen Bell, WorldConsultNet

E-Mail: Bell@worldconsult.net , Internet: www.worldconsult.net

Der im Jahre 1997 von Justizgeschädigten, Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und dem Pädagogen und Journalisten Klaus Müller in der Wohnung des ehemaligen Präsidenten des militärischen Abschirmdienstes (MAD) Admiral Elmar Schmähling mit dem Ziel der Schaffung einer Institution die Menschenrechtsverletzungen und Willkür von Behörden in unserem Land konsequent anzuprangern und zu bekämpfen, gegründete Verein Curare e. V. blickt in diesem Jahr auf 10 Jahre des Bestehens zurück.

CURARE e. V. ist als gemeinnützig anerkannt. Der doppeldeutige Name soll Programm sein: Helfen und Heilen, aber nötigenfalls auch Gift für beamtete Menschenrechtsverletzer und gewählte Volksvertreter die Menschenrechte verletzen und Grundrechte bewußt demontieren.

CURARE e. V. ist im Inland sowie im Ausland tätig. Derzeit ist der Verein u. a. mit der Aufklärung des Untergangs der ESTONIA beauftragt. - Das Fährschiff ging vor mehr als Zwölf Jahren in der Ostsee unter. Es wurde durch ein Sprengstoffattentat versenkt und kostete fast 900 Menschen das Leben. Hintergrund des Attentats waren illegale Waffentransporte, die nach derzeitigem Ermittlungsstand im Auftrag verschiedener Staaten durchgeführt wurden. Curare e. V. vertritt einen Teil der Hinterbliebenen der Estoniaopfer vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Die Aufgaben von Curare e. V. sind im Einzelnen:

-offene und verdeckte Verletzungen oder Aushöhlung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Grundrechte durch die Einrichtungen und einzelner Amtsträger zu erfassen, zu dokumentieren, auszuwerten und zu veröffentlichen.

-Konkrete Fälle sollen aus der Anonymität der staatlichen Einrichtungen an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden.

-Rechtswidrige Handlungen einzelner Personen sollen diesen unter Nennung von Behörden und Namen der Amtsträger zugeordnet werden.

-Im Schutz vermeintlicher staatlicher Allmacht begangenes Unrecht soll Gesicht und Namen bekommen.

-Ständige Berichterstattung von Menschenrechtsverletzungen der Justiz in Deutschland und Ausland an die CPT " Anti-Folter-Komitee des Europarates in Straßburg

Es ist nicht notwendig ein Grundrecht einzufordern, da es dem Volk gehört

Es ist notwendig darauf zu achten das es nicht mißbraucht wird

RECHT IST DURCHSETZBAR

Diese Pressemitteilung finden Sie auch online unter:

[Umsatzsteuergesetz - Keine Rechtsberatung](#)

Weitere deutschsprachige Pressemitteilungen finden Sie bei: [openPR.de](#)

Internationale Pressemitteilungen finden Sie bei: [openPR.com](#)